



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

INFO 39

Mahlow, im Mai 2005

Der BBI-Baustopp setzt Zeichen - BVBB erfolgreich

Erfahrene Rechtsanwälte können sich nicht daran erinnern, dass das Bundesverwaltungsgericht aufgrund von Klagen einer Handvoll Kläger jemals einen Eilantrag auf Baustopp gegen die Fortsetzung eines Großprojektes ausgesprochen hat. Da konnten sich Wowereit, Platzeck, Stolpe, Johannsen-Roth und alle sonstigen Jubelperser für den geplanten Neubau von Schönefeld zum Großflughafen BBI dann auch nur noch entsetzt die Augen reiben. Zu großmütig hatten sie und die Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg immer von einem gerichtsfesten Planfeststellungsbeschluss schwadroniert. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 14. April 2005 den vor Machtarroganz Strotzenden und von Durchsetzungswut Beseelten ins Gesangbuch geschrieben:

„...Die zu behandelnden Themen (gemeint ist die Behandlung der Klagen im so genannten Hauptsacheverfahren) betreffen u. a. folgende Fragen: Bedarf für einen „Single-Airport der geplanten Größenordnung, Wahl des Standortes Schönefeld im Vergleich zu in Betracht kommenden Alternativstandorten, Vorgaben des Raumordnungsrechts, Lärmbelastung und Lärmschutzmaßnahmen, Sicherheitsprobleme, Wasserschutz, Bodenschutz und Naturschutz...“

In der Bewertung dieser Fragen kommt es, so das Gericht, auf die Folgenabwägung des geplanten BBI an und formuliert seine Erkenntnisse wie folgt:

„Danach ist das Interesse der Verfahrensbeteiligten (gemeint sind die handvoll Kläger), bis zum Abschluss des Hauptverfahrens von Vollzugsmaßnahmen verschont zu bleiben, höher einzuschätzen, als das Interesse des Antragsgegners (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) und der zum Verfahren beigeladenen Träger des Vorhabens, schon jetzt mit der Verwirklichung der Planung zu beginnen...“

Das Gericht weist dann ausdrücklich darauf hin, dass die durch Baumaßnahmen geplanten Eingriffe nicht vertretbar sind, wenn der Planfeststellungsbeschluss nicht rechtskräftig ist.

Wer nun geglaubt hatte, dass diese schallende Ohrfeige zu Einsichten geführt hätte, der muss naiv sein. Den Landesregierungen von Brandenburg und Berlin und der Bundesregierung, vertreten durch Platzeck, Wowereit und Stolpe, wurde schon durch 5 vorhergehende Gerichtsentscheidungen ins Stammbuch geschrieben, dass sie in Sachen Neubau BBI rechtswidrig und grundgesetzwidrig handeln. Das berührt die Herren schließlich auch nicht. Weiter so heißt die Devise. Was stören uns Gerichtsentscheidungen und Rechtsstaat! Wir haben das Geld des Steuerzahlers und die politische Macht! Da spielt eine verkommene Haltung zu Gerichtsentscheidungen eben keine Rolle.

Die Kläger des Eilverfahrens und der BVBB können sich nun darüber freuen, dass das Land Brandenburg die Kosten des Eilverfahrens zu 90% lt. Gerichtsentscheidung zu tragen hat.

Nachtflug vom Flughafen Schönefeld rechtswidrig?

Die Anwälte des BVBB prüfen zurzeit, ob der am Flughafen Schönefeld praktizierte Nachtflug durch ordnungsgemäße Entscheidung des Brandenburger Verkehrsministeriums und einschlägiges Luftfahrtrecht gedeckt ist.

Nach Auffassung des BVBB ist die Verdreifachung der Nachtflugbelastung nach Einsatz der Billigflieger eine wesentliche Neubelastung mit unerträglichen Folgen für die Nachtruhe von zehntausenden Betroffenen. Unerklärlich ist die Rücksichtslosigkeit zu Gunsten von ein paar hundert Ferienfliegern, die bei Änderung der Flugumläufe auch in der Zeit zwischen 6:00 Uhr und 22:00 Uhr ihre Urlaubsziele anfliegen können, ohne Tausende von Betroffenen die Nachtruhe zu rauben.

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Heuschrecken

Wie Heuschrecken sind die Billigfluggesellschaften über die Region zwischen Erkner und Ludwigsfelde, über Erholungsgebiete von Müggelsee und Spree und Naturschutzgebiete im Süden von Berlin hereingefallen. Ihre unerträglichen Fluggeräusche werfen die Menschen in der Nacht aus den Betten und stören am Tag eine ganze Region mit über 130.000 Menschen. Wie bekannt, sind sie gierig, ihre Fresslust ist Tatsache. Sie fressen das Geld der Berliner und Brandenburger Steuerzahler. 50 Mio. Euro haben sie schon verschlungen und vom Züchter, der FBS, die sie ins Land geholt hat, sind schon die Knochen zu sehen. Hauptsache viele Heuschrecken, das Fleisch kriegen wir schon wieder an die Knochen. Wowereit, Platzeck und Stolpe werden schon dafür sorgen, dass der Steuerzahler den Heuschreckenschwarm finanziert.

Der BBI - Planung ist ein einziges unverantwortliches Chaos

Wir schreiben hier nur in Stichworten über Tatsachen, über die die Medien nicht berichten, die sie aber kennen oder kennen müssen, um zu beurteilen, wie sie mit Vertuschungen, Täuschungen und Behauptungen von Unfähigen, die jedes Maß für ihr Tun verloren haben, an der Nase herumgeführt werden.

Darum unsere Kernaussagen zum Pleiten-, Pech- und Pannen-BBI:

- Für den geplanten SingleAirport BBI gibt es keine landesplanerische Grundlage mehr. Das OVG Frankfurt/Oder hat in seiner Entscheidung vom 10. Febr. 2005 diese Grundlage für rechts und grundgesetzwidrig erklärt.
- Das ganze, praktisch vom Flughafen München abgekupferte FlughafenLayout ist durch die Wirklichkeit der Entwicklung des Flugverkehrs überholt. Die Planung ist völlig überdimensioniert und unwirtschaftlich, weil sich die Wunschträume von einer Drehkreuzfunktion überholt haben. Die Lufthansa hat nun drei Drehkreuze (Frankfurt/Main, München und Zürich). Berlin ist schon durch diese Tatsache in Zukunft von der Entwicklung zu einem bedeutenden Flughafen abgemeldet.
- Der Standort hat zwangsläufig durch seine Lage zwischen den Siedlungsbändern östlich und westlich der Einflugschneise katastrophale Folgen für die betroffene Bevölkerung und die Siedlungsentwicklung der Gemeinden. Wenigstens 130.000 Bürger in wenigstens 10 Gemeinden müssen mit Lärmterror, Katastrophenangst, Eigentumsentwertung und Verlust ihrer Lebensqualität rechnen. Allein die durch die Eigentumsentwertung entstehenden Verluste der privaten Besitze an Eigenheim und Boden werden die Investitionssumme des BBI bei weitem übertreffen
- Der Baustopp durch Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 14.04.05 zum Planfeststellungsbeschluss ist in Wahrheit ein Debakel für Wowereit, Platzeck, Stolpe, die FBS und ihre angeschlossenen Jubelperser in Parteien, Wirtschaft und Medien. Die Chance, den Planfeststellungsbeschluss in 2006 durch das gleiche Gericht bestätigt zu bekommen, tendiert gen Null.
- Den nun erfundenen „Hit“ „Wachstum durch Billigflieger“ zu erzwingen, berücksichtigt die Planung nicht. Für dieses unwirtschaftliche Flugsegment ist die Planung unverantwortlich teuer.
- Die geplanten Flughafenflächen, insbesondere die Vorfeldflächen (210 ha), übertreffen die Flughafenflächen von München (136 ha) bei weitem. Auch diese Dimension ist Geldverbrennung und Großmannsucht. Wenn hier eine vertuschte, rechtlich unzulässige Vorratsplanung betrieben wird, dann ist sie schon als solche erkannt.
- Die im so genannten Finanzierungskonzept genannte Investitionssumme von 1,983 Mrd., ohne Infrastruktur und Verkehrsanbindung, ist eine Vertuschung von Tatsachen und der Versuch die bombastische Planung klein zu rechnen:
 - Verschwiegen werden die 1,4 Mrd., die als Vorlaufkosten schon im märkischen Sand vergraben sind.
 - Verschwiegen wird, wie die ständig vor der Illiquidität stehende FBS ihren Eigenanteil von ca. 250 Mio. EURO aufbringen und erwirtschaften soll.
 - Verschwiegen wird, mit welchen Kostensteigerungen während der Bauphase gerechnet werden muss (wollen Wowereit, Platzeck und Stolpe etwa suggerieren dass sie nach Kostenplan bauen können?) Eine seriöse Kostenplanung bei öffentlichen Bauten muss von Kostensteigerungen von 30% bis 400% ausgehen, wie z. B. der Bau des Flughafens in München beweist. Über entsprechende Erfahrung verfügt Berlin u. a. mit dem Tempodrom bereits. Zudem beruhen 600 Mio. EURO als Finanzierungsbeitrag von zukünftigen Mietern bzw. Hotelbetreibern auf reiner Illusion.
- Die Vorstellung, dass die Refinanzierung des BBI über Einnahmen der FBS (Gebühren) vorgenommen werden soll, ist ausgemachter Quatsch. Die FBS weiß genau, dass ihre auf Passagiervolumen ausgerichtete Unternehmenspolitik nur aufgeht, wenn sie weiter auf nicht kostendeckende Billigflieger setzt und Verluste, ►

die der Steuerzahler finanzieren muss, absichtlich herbeiführt. Zwangsläufig hat das Billigfliegerkonzept schon heute zur Folge, dass die Linienfluggesellschaften ihre Zahlungen an den Billigfliegergebühren orientieren. Schon aus diesem Grund muss die FBS bei Kreditfinanzierung den Banken Bürgschaften der Länder Brandenburg, Berlin und des Bundes vorlegen, die Eigenkapitalersetzenden Charakter haben. D. h.: der Steuerzahler finanziert alle Risiken des Baus und der Betreibung des geplanten BBI. Zudem wird diese Art der Schuldenfinanzierung alle Spielräume für Investitionen in Wachstum in anderen Wirtschaftszweigen zunichte machen.

- Flughafenanbindung per Schiene und der geplante Flughafenbahnhof sind ein planerischer Witz. Die geplanten vier, je 420 m langen Bahnsteigkanten im unterirdischen Flughafenbahnhof entsprechen in ihren Dimensionen dem Lehrter Bahnhof. Dass der Bahnhof, als Fernbahnhof rund 100% größer wird, wie der entstehende Regionalbahnhof am Potsdamer Platz, zeigt dann auch die planerische Spinnerei in ihrer ganzen Dimension
- Verschwiegen wird bei dieser Spinnerei dann auch wohlweislich, dass ein überdimensionierter Bahnhof mit geplanter überdimensionierter Schienenanbindung zwangsläufig entsprechend hohe Stationsgebühren und riesige Verluste bei den Betriebskosten des Schienenverkehrs zur Folge hat. Schnell können hier Jahresverluste in Höhe zwischen 20 und 30 Mio. EURO nachgewiesen werden. Da wundert es nicht, dass die DB Netz, als vorgesehener Betreiber, wenig Lust verspürt zu dieser, auch ihrem „Pilzkonzept“ widersprechenden Planung bindende Zusagen zu machen. Dies auch, weil z. B. völlig ungeklärt ist, wie die „Dresdener Bahn“ durch Lichtenrade geführt werden soll. Gleiches gilt im Prinzip für die Streckenführung und Dimension der „Görlitzer Bahn“ in Richtung Osten.
- Der durch den BBI Bau posierte Wirtschaftsaufschwung ist durch nichts belegte Propaganda. Eher ist zu erwarten, dass durch die enorme Schuldenlast und die Folgekosten das Gegenteil eintritt. Der überdimensionierte „Prachtbau BBI“ zerstört nämlich alle Spielräume der Wirtschaftsförderung und der Unterstützung des Mittelstandes. Die ebenfalls immer wiederkehrende Behauptung von 40.000 neuen Arbeitsplätzen widerlegt sich schon alleine durch die von der Politik und die FBS verbreitete Formel: „1 Mio. Passagiere bringen 1.000 Arbeitsplätze. Orientiert an dieser Propagandaformel gäbe es dann auf dem BBI 20.000 Arbeitsplätze für die geplante Abfertigung von 20 Mio. Passagieren nach dem illusorischen Eröffnungstermin in nun 2011. Abzüglich der z. Zt. auf allen Berliner Flughäfen Beschäftigten wären dies dann ein Zuwachs von theoretisch 5.000 Arbeitsplätzen für eine Investition, die letztlich mit Sicherheit an die 10 Mrd. EURO kosten könnte.

Der BVBB als Befürworter eines Großflughafens an einem Standort, der wettbewerbsfähig, entwicklungsfähig und realistisch in seinen Dimensionen gebaut wird, bleibt dabei, **„SCHÖNEFELD NEIN!“**

Der geplante BBI an diesem Standort ist ein Pleitegeier für die Zukunftsentwicklung der Region. Die Behauptung, dass es für eine Neuplanung, z. B. in Sperenberg zu spät ist, ist eine Schutzbehauptung. Sie wird getragen von dem Motiv, dass die Arbeitsplätze von Wowereit, Platzeck und Stolpe gefährdet sind, wenn sie ihre Fehlplanung bekennen müssen.

Der BVBB bleibt auch dabei, dass sein Flughafenkonzept, veröffentlicht in 3 Memoranden (www.bvbb-ev.de) eine realistische Alternative zum Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt BBI ist.

Der BVBB bleibt dabei: Großflughäfen, die neu gebaut oder betrieben werden sollen, haben in besiedelten Regionen nichts zu suchen. Der Standort Tegel ist darum genauso unzumutbar wie der Standort Schönefeld. Bis zu 500.000 Flugbewegungen/Jahr, Tag und Nachts sind eine Zumutung, die von der Rücksichtslosigkeit der Politiker verantwortet wird. Weltweit wurden darum Großflughäfen 40-100 km von besiedelten Gebieten entfernt errichtet. Selbst Politiker in Entwicklungsländern beweisen ein höheres Ethos gegenüber den Schutzrechten und dem Schutzbedürfnis der Menschen als Wowereit, Platzeck, Stolpe und ihre politischen Steigbügelhalter in den Parteien und der Wirtschaft mit ihren Verbänden.

Der BVBB bleibt dabei, dass es keine Sachinformation durch die Medien gegeben hat, die den Lesern und der Öffentlichkeit ein objektives Bild der Fehlplanung BBI vermittelt hätte. Alle „BBI-Köche“, einschließlich Wirtschaft und politische Parteien, rühren mit dem Standort Schönefeld in einem Brei, der ungenießbar ist.

Bund hat Gelder für Schönefeld gesperrt

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat alle von Stolpe beantragten Haushaltsmittel als Gesellschafterzuschuss für die FBS und damit auch für den Neubau von Schönefeld gesperrt. Da sagt der Berliner: „Nachtjall, ick hör dir trapsen“. Jetzt darf man gespannt sein, ob der Brandenburger Haushaltsausschuss dem Beispiel folgt oder ob die Brandenburger Abgeordneten, wie schon in den vergangenen 14 Jahren, weiter bereit sind, die Steuergelder ihrer Bürger ohne jegliche Gegenleistung nach Berlin zu überweisen. Ca. 500 Mio. EURO haben diesen Weg schon gefunden, um den Berlinern das Flughafensystem zu retten und den Plan von einem Neubau des BBI zu finanzieren. Schon davon hat Brandenburg nichts gehabt, weder Arbeitsplätze noch Steuereinnahmen. Da sagt der Berliner: „Ick nehm, wat ick kriegen kann, schließlich bin ick helle“!

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**

Man wird doch mal fragen dürfen - Fragen an den FBS-Aufsichtsratsvorsitzenden

Stimmt es Herr Wowereit, dass Sie im Aufsichtsrat der FBS durchgesetzt haben, dass trotz des Baustopps BBI noch alle vorbereitenden Arbeiten getätigt werden müssen, um Konventionalstrafen wegen Vertragsverletzung in Millionenhöhe auszuschließen?

Stimmt es in diesem Zusammenhang, dass Sie bewusst das Risiko eingegangen sind, die über 100 Mio. Euro teuren „Vorbereitungsmaßnahmen“ in Auftrag zu geben, wissend, dass das Geld im märkischen Sand verbuddelt bleibt, wenn das Bundesverwaltungsgericht den Neubau des Flughafens untersagt?

Stimmt es, dass Sie und der Aufsichtsrat der FBS für die mit annähernd 90 Mio. EURO vollzogene Umsiedlung von Diepensee nach Deutsch-Wusterhausen keine Sachgründe angeben können, wenn das Bundesverwaltungsgericht den Neubau des BBI untersagt?

Stimmt es, dass die Linienfluggesellschaften sich bis heute weigern, insgesamt ca. 50 Mio. EURO an Start und Landegebühren zu zahlen?

Stimmt es, dass die Linienfluggesellschaften die Zahlungen von Start und Landegebühren verweigern, weil sich die FBS weigert, ihre Verträge mit den Billigfliegern aufzudecken?

Stimmt es, dass die FBS mit ihrer Zustimmung Verträge mit Billigfliegern abgeschlossen hat, die unweigerlich zu hohen Verlusten führen mussten und dass Sie diese Verluste bewusst in Kauf genommen haben, weil Sie die Passagierzahlen im Billigfliegersegment steigern wollten?

Stimmt es, dass Sie, Herr Wowereit, der Staatssekretärin Mertens im Bundesfinanzministerium „gebeichtet haben, dass der Flughafenneubau „im Zaun“ nicht 1,93 Mrd. sondern 3 Mrd. EURO kosten wird und dass Sie dabei gleichzeitig Ihre neuen Erkenntnisse zum Geschäftsgeheimnis der FBS erklärt haben?

Diese und andere Fragen drängen sich doch zur Beantwortung auf, weil sie die Wahrheit über Tatsachen öffentlich machen. Da darf man denn auch gespannt sein, ob die Berliner und Brandenburger Medien solche Fragen beantwortet wissen wollen!

Zum Schmunzeln - die Hauptstadtresse zum Pleiten-, Pech- und Pannen-BBI

Berliner Zeitung vom 11.11.2000: **IM ZEITPLAN /Airport-Reserven reichen bis 2007**

BERLIN, 10. November. Die Privatisierung der Berliner Flughäfen ist mit dem OLG-Vergleich wieder im Zeitplan

Berliner Morgenpost vom 29.08.2002: **Durchbruch für Schönefeld / Weitgehende Einigkeit über Privatisierung der Flughafen-Holding erzielt .../ Geht es nach dem Willen der Investoren, soll der neue Großflughafen im Jahr 2008 in Betrieb gehen** Von Gudrun Mallwitz und Katrin Schoelkopf

Märkische Allgemeine vom 29.08.2002: **EINIGUNG BEI PRIVATISIERUNGSVERHANDLUNGEN / BIETER ERHÖHEN ANGEBOT / Großflughafen erst im Jahr 2009**

Berliner Morgenpost vom 23.05.03: **Lob für Rauswurf von IVG und Hochtief / "Befreiungsschlag": Parteien unterstützen Bau des Großflughafens mit öffentlichen Mitteln** von Joachim Fahrhn

Tagesspiegel vom 23.05.03: **Alle sind sich einig: Jetzt soll es endlich zügig vorangehen / Reaktionen auf das Ende der Privatisierung**

Berliner Morgenpost vom 14.08.2004: **Schönefeld wird Berlins Großflughafen** von Katrin Schoelkopf

B.Z. vom 14.08.2004: **Start frei: Der Flughafen Schönefeld wird jetzt zum Mega-Airport BBI ausgebaut**

Märkische Allgemeine exklusiv: 31.12.2004: **Endspurt / Jetzt wird der Großflughafen wohl gebaut** von MARTIN USBECK

Der Tagesspiegel vom 06.01.2005: **Unabhängige Experten: Gericht stoppt Schönefeld nicht / Planungsrechtler sehen in Einwänden der Ausbau-Gegner keine K.o.-Kriterien. Zu erwarten seien höchstens Auflagen der Bundesverwaltungsrichter** Von Gerd Appenzeller

Märkische Oderzeitung vom 08.03.2005: **40 000 neue Jobs in Schönefeld bis 2012 erwartet**

Der Tagesspiegel vom 15.04.2005: **ÜBERRASCHENDER BESCHLUSS DER BUNDESRICHTER / Neue Unsicherheit für die Flughafen-Planer / NIEDERLAGEN /Airport-Öffnung 2010 ist kaum zu halten / Flughafengesellschaft bleibt trotz Baustopps in Schönefeld optimistisch. Kritiker für Standort Sperenberg** von Klaus Kurpjuweit

Auf ein Wort, lieber Leser der INFO 39,

der BVBB hat bewiesen, dass er die Auseinandersetzung um die Rettung der Region vor den Folgen des Pleiten Pech- und Pannen- BBI erfolgreich führt. Seine Mitglieder, Kläger und Spender haben hierfür seit 1996 finanzielle Opfer in der Größenordnung von über 3 Mio. EURO erbracht. Diese Summe, der Einsatz hunderter ehrenamtlicher Mitarbeiter gegen den Lärmterror, die Katastrophengefahr, die Zerstörung unserer Erholungsgebiete ist natürlich auch für die Bürger erfolgreich, die bisher abseits gestanden haben. Glauben Sie, dass es fair und solidarisch ist. diese Opfer, den Einsatz von Freizeit nur den über 5.000 Mitgliedern zu überlassen? Glauben die vielen Immobilienbesitzer, Mittelständler, Betreiber von Gaststätten, Biergärten und Erholungseinrichtungen und Geschäftleute, die ebenfalls abseits stehen, dass es fair und in eigenem Interesse klug ist, wenn sie Ihren Mietern und Kunden die Last auch ihrer Zukunft alleine überlassen? Das kann es doch wohl nicht sein! Geben Sie sich einen Ruck! Erkennen Sie die auch für Ihre Interessen geleistete Arbeit an und

spenden auch Sie!

auf das Konto-Nr: 7188733004 bei der Berliner Volksbank, BLZ: 100 900 00

Danke für Ihre Spende! Danke für Ihre Solidarität! Danke für Ihre Einsicht mit der Sie demonstrieren, dass Sie nicht als Trittbrettfahrer im Abseits stehen wollen